Bürgerinitiative
Stadtring Süd
BISS Berlin

Plesser Str. 3
12435 Berlin

info@stop-a100.de
www.stop-a100.de

Pressedienst

10. November 2010

Volksbefragung für die A 100 – parteipolitisch motiviert, keine echte Bürgerbeteiligung im Visier

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, eine Volksbefragung über den Weiterbau der A 100 von der Grenzallee nach Treptow durchzuführen. Diese soll zeitgleich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 stattfinden. Die BISS Berlin begrüßt Vorstöße, die zu mehr Bürgerbeteiligung und direktdemokratischen Entscheidungen führen. Allerdings bezweifeln wir, dass ein Referendum von oben geeignet ist, um die vielen tausend, vom Trassenbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger über dieses verkehrspolitisch unsinnige Projekt tatsächlich mit entscheiden zu lassen. Denn das Ergebnis einer Volksbefragung ist unverbindlich. Somit drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine Wahlkampftaktik ausprobiert wird, die zudem die normalerweise für Initiativen geltenden Vorbedingungen umgehen darf.
Die Berliner CDU hatte während des Planfeststellungsverfahrens vielfach Gelegenheit, sich für eine echte und breite Bürgerbeteiligung einzusetzen. Das Gegenteil war der Fall. Die CDU hat ein Verfahren unterstützt, in dem wesentliche Informationen zurückgehalten und systematisch Einwendungen von Betroffenen ignoriert wurden. Es ist also offensichtlich, dass es der CDU nicht um echte Bürgerbeteiligung geht, sondern um ein probates Mittel für einen Stimmenfang mit vermeintlich „mehr Demokratie“.

Die BISS wird ungeachtet dieser parteipolitischen Machtspielchen ihre inhaltliche Arbeit bis zur Einstellung des Planungsverfahrens fortführen, um die stadtökologischen und verkehrspolitisch negativen Folgen des geplanten Weiterbaus der A 100 deutlich zu machen. Denn mit der A 100 wird zusätzlicher Verkehr an die Stadt herangeführt sowie die Wohn- und Verkehrssituation – auch nach Meinung des Senats – zwischen der Treptower Elsenstraße und Friedrichshain erheblich verschlechtert. Die A 100 verlagert Verkehr von der Schiene auf die Straße – moderne Stadtentwicklung sollte das Gegenteil fördern. Mit 440 Mio. € oder 130.000 € pro Meter würde die A 100 zur teuersten Autobahn der deutschen Geschichte – ein Anachronismus nicht nur in Zeiten dramatisch knapper Kassen. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wird sich von diesen Argumenten überzeugen lassen und über die A 100 bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus entsprechend abstimmen.

Für weitere Informationen: Birte Rodenberg: 0170/711 8350

SPENDENKONTO*
Stichwort »Gegen A100«
Empfänger: BUND Berlin
Konto-Nr.: 32 888 02
Sozialbank Berlin
BLZ 100.205.00

* Spendenaktion erfolgt
in Zusammenarbeit
mit dem BUND Berlin